

Politik darf nicht käuflich sein – Ausuferndes Sponsoring nach Empfehlung des Bundesrechnungshofs beenden (Plenarsitzung vom 16.11.2011)

Rüdiger Sagel^{*)} (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für den Hinweis; es ist hier in der Tat im Moment etwas laut.

Die Linke fordert hier und heute – und hat heute den Antrag gestellt –: „Politik darf nicht käuflich sein – Ausuferndes Sponsoring nach Empfehlung des Bundesrechnungshofs beenden.“ Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir in der letzten Legislaturperiode hier eine sehr heftige Auseinandersetzung um die Käuflichkeit des Ministerpräsidenten hatten. Dass es einen Regierungswechsel gegeben hat, hat wohl auch damit etwas zu tun, dass die damalige Regierungsmehrheit und der Ministerpräsident in den Ruch der Käuflichkeit gekommen sind.

(Armin Laschet [CDU]: Vorsicht, Herr Sagel, Vorsicht!)

– Ja, Herr Laschet, vielleicht melden Sie sich einfach zu Wort oder stellen das als Zwischenfrage. Ich bin immer gerne bereit, darauf einzugehen, wie Sie wissen.

Wir haben ein ganz klares Ziel vor Augen, nämlich den möglichen Einfluss von finanzstarken Lobbys auf politische Entscheidungen auszuschließen. Das ist der Sinn und Zweck unseres Antrages. Der Ruch der Käuflichkeit von Politik muss endgültig beendet werden.

(Beifall von der LINKEN)

Transparenz und die demokratische Legitimität von politischem Handeln muss vollständig gewährleistet sein. Wir haben in der letzten Zeit hier eine Entwicklung, die mehr als fragwürdig ist.

Vielleicht noch einmal zur Verdeutlichung: Obgleich konkrete Angaben zum Sponsoring in der NRW-Landespolitik erst seit 2007 vorliegen, lässt sich feststellen, dass der Anteil von Sponsorengeldern an der Finanzierung von Veranstaltungen beständig erhöht worden ist. Innerhalb von nur drei Jahren stieg zum Beispiel der Sponsorenanteil beim Sommerfest auf 97 % der Gesamtkosten, 2011 mittlerweile auf 100 % – eine inakzeptable Entwicklung, wie ich meine. Denn Staat und Politik dürfen nicht als Handlanger von Lobbys agieren. Darum geht es.

Ich sehe hier auch grundsätzlich einen falschen Weg, denn es muss, wenn solche Veranstaltungen als sinnvoll und notwendig erachtet werden, durch den Landeshaushalt, durch die öffentliche Hand sichergestellt werden, dass diese öffentlich und nicht durch Sponsoren finanziert werden. – Das ist der Ansatzpunkt.

Wenn die öffentlichen Haushalte eben nicht ausreichend finanziert sind, zum Beispiel durch höhere Unternehmenssteuern, dann muss man natürlich solche Wege gehen, die sehr fragwürdig sind und diesen Ruch der Käuflichkeit beinhalten. – Das ist genau die Problematik.

Mit einem Blick darauf, wer in den letzten Jahren gesponsert hat, müssen wir feststellen, dass zum Beispiel die WestLB 120.000 € als Sponsoring eingesetzt hat, RWE über 100.000 €, 108.000 € Vodafone.

Andererseits unterstützen wir die WestLB immer wieder mit Milliardenhilfen, ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ja, Herr Laschet, Sie schreien jetzt laut. Sie werden es demnächst wieder tun. – ... die dann wiederum über einen Umweg Maßnahmen der Landesregierung, solche Feste usw. sponsert. – Das kann es nicht sein; das ist grundsätzlich falsch und wird von uns auch kritisiert.

(Beifall von der LINKEN)

Wir sind da nicht alleine, denn Kritiker wie „Transparency International“ und der Europarat stellen sehr deutlich fest, dass hinter mancher Sponsorenzahlung eine verdeckte Spende steckt, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. Wir als Linke sind hier also nicht alleine. Das richtet sich natürlich auch auf die Finanzierung von politischen Parteien. Auch Sie hier alle – außer der Linken – werden durch Wirtschaft und Unternehmen gesponsert.

In den Rechenschaftsberichten der Parteien tauchen diese Sponsoringgelder nicht auf, weil sie als „sonstige Einnahmen“ gebucht werden können. Auch das ist etwas, was wir sehr deutlich kritisieren.

Bereits die 2001 eingesetzte Parteienkommission, die sogenannte „Rau-Kommission“, bescheinigt dem deutschen System der Parteienfinanzierung Schwächen in Bezug auf Parteisponsoring und die Veröffentlichung von Parteispenden.

Ich betone noch einmal: Auch die deutsche Sektion von „Transparency International“ kritisiert seit Langem fehlende Konsequenzen aus Parteiensponsoring-Affären und fordert unter anderem gleiche Veröffentlichungspflichten für Sponsoring wie für Parteispenden. Das ist genau der Punkt, der aus unserer Sicht mehr als kritisch ist.

Auch der Europarat hat im Dezember 2009 unmissverständlich Kritik an der aktuellen Regelung der Parteienfinanzierung geübt und fordert eine Klarstellung der Bedingungen, unter denen Sponsoring-Leistungen angenommen werden dürfen. All das fehlt aber in Nordrhein-Westfalen. Wir sehen deswegen hier ein großes Problem.

Wir sehen da im Übrigen auch ein demokratisches Problem. Denn das ist aus unserer Sicht auch mit Bezug auf Art. 2 der Landesverfassung, wonach die Impulse für die Ausübung von Staatsgewalt vom gesamten Staatsvolk und nicht von einigen wenigen finanzkräftigen Sponsoren ausgehen sollen, sehr kritisch zu sehen. Auch da sagen wir: Wir brauchen Transparenz.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich komme zum Ende, Frau Vorsitzende. – Wir brauchen mehr Transparenz.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir brauchen endlich einen Ausschluss von Sponsoring in dieser Form, bei der tatsächlich der Ruch der Käuflichkeit von Politik im Raume steht.

Ich hoffe, dass Sie – und auch Herr Laschet, der immer wieder Zwischenrufe macht – entschlossen unserem Antrag zustimmen. Ich bin sehr gespannt, was Sie zum Thema zu sagen haben. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Weisbrich.